



Handwerkstag: höhere Abgaben auf Arbeit vermeiden – keine Erhöhung der Insolvenzgeldumlage!

Das Handwerk in Sachsen-Anhalt wendet sich gegen den Plan des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, die Insolvenzgeldumlage von 0,1 Prozent auf 0,41 Prozent zu erhöhen.

„Eine Vervielfachung des Beitrages widerspricht der Absicht, die Lohnzusatzkosten nicht steigen zu lassen. Gerade in der Krise ist es nicht sinnvoll, die Steuer- und Abgabenbelastung für Betriebe zu erhöhen. Unternehmen, die mit hohem Personaleinsatz arbeiten und nicht entlassen haben, sollen zur Kasse gebeten werden“, sagte Thomas Keindorf, Präsident des Handwerkstages.

Am Rande der Dezembersitzung forderte das Präsidium des Handwerkstages jene Insolvenzgeldzahlungen, die nur allgemeinen wirtschaftspolitischen Interessen dienen, künftig aus Steuermitteln zu finanzieren. Das betreffe die Zahlungen für insolvente Betriebe, die fortgeführt werden sollten. Hier sei die Betriebstätigkeit nicht mehr, wie gefordert, „vollständig und auf Dauer“ beendet. Damit seien in diesen Fällen die Voraussetzungen für die Zahlung aus der Insolvenzgeldumlage nicht gegeben.

Pressestelle